

Zeuge der Anklage

Top-Manager des amerikanischen Mammut-Konzerns ITT (400 000 Beschäftigte in aller Welt) mußten jetzt öffentlich zugeben, was bisher nur vermutet wurde: ITT plante den Sturz des chilenischen Präsidenten Allende.

Die Szene scheint harmlos: Zwei seriös gekleidete Herren treffen sich in der Halle des Washingtoner Carlton-Hotels, wechseln ein paar Worte und verschwinden anschließend in einem Séparée.

Dort plaudern die Gentlemen — CIA-Agent der eine, millionenschwerer Boß eines der größten amerikanischen Konzerne der andere — beiläufig darüber, wie ein bislang unter US-Einfluß stehender lateinamerikanischer Staat ins wirtschaftliche Chaos gestürzt und die Wahl eines mißliebigen Präsidentschaftskandidaten verhindert werden kann. Als Honorar für die Ausführung des Komplotts bietet der Konzern-Herr dem CIA-Mann eine Million Dollar.

Was eher wie das Drehbuch zu einer billigen James-Bond-Imitation anmutet, geschah am 16. Juli 1970 wirklich: Unter den bohrenden Fragen eines Unterausschusses im US-Senat mußte vergangene Woche Harold Sidney Geneen, 63, Chef des New Yorker Mammut-Konzerns International Telephone and Telegraph, eingestehen: Ja, er habe damals dem CIA-Mann William Broe



Chiles Präsident Allende
ITT bot eine Million für den Sturz

eine Million Dollar geboten, weil er hoffte, damit die Wahl des chilenischen Marxisten Salvador Allende hintertreiben zu können.

„Keine marxistische Kritik“, entsetzte sich die liberale „New York Times“, „könnte das Bild von den großen Konzernen Amerikas nachhaltiger beschmutzen und das System der freien Unternehmerwirtschaft mehr diskreditieren als das Verhalten von ITT.“

Tatsächlich enthüllten die Washingtoner Hearings, was hierzulande nur Stamokap-Anhänger in theoretischen Diskussionen zu behaupten wagen — die geradezu gespenstisch wirkende Abhängigkeit demokratisch gewählter Regierungen von mächtigen Wirtschaftsinteressen.

So hatte sich ITT bereits vor zwei Jahren durch das Versprechen, 400 000

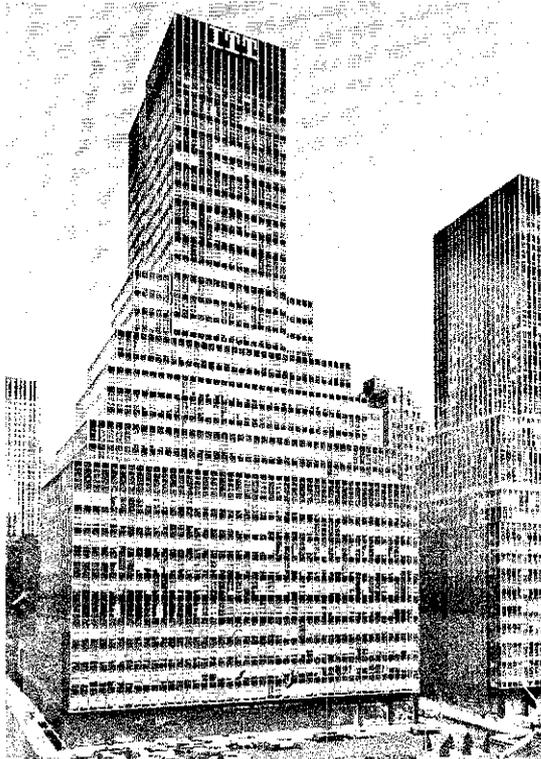
Dollar für Nixons Wahlkampfonds zu zahlen (von denen angeblich nur 100 000 geleistet wurden), von drei Anti-Trustverfahren losgekauft. „Der Zugang (der Firma) zu den Hebeln der Macht ist erschreckend“, fand die „New York Times“. „ITT scheint mehr eine Regierung als eine Privatfirma zu sein.“

Einer Regierung gleich hat der Konzern eine eigene außenpolitische Abteilung und einen eigenen Nachrichtendienst. Er beschäftigt ehemalige US-Diplomaten, und auf seinen Gehaltslisten standen bereits ein früherer Uno-Generalsekretär und ein belgischer Ex-Premier. Neben internationalen Bankern sitzt im ITT-Aufsichtsrat auch der ehemalige CIA-Chef — und heutige CIA-Berater — John McCone.

Dieser McCone war es auch, der 1970 Geneens chilenische Pläne bei der Washingtoner Regierung durchsetzen wollte. Der CIA-Mann im ITT-Sold bot dem damaligen CIA-Chef Richard Helms sowie dem Präsidentenberater Henry Kissinger eine Million Dollar, falls es der Regierung gelinge, „die Bildung einer Anti-Allende-Regierung in Chile zustande zu bringen“. Denn bei einem Sieg Allendes in den für den Herbst 1970 angesetzten Präsidentschaftswahlen rechnete ITT (wie sich später herausstellte: zu Recht) mit einer Verstaatlichung seiner chilenischen Investitionen im Wert von über 150 Millionen Dollar.

Der ITT-Plan, der solches Ungemach verhindern sollte, sah im einzelnen vor: Washington solle Allendes konservativen Gegenkandidaten Jorge Alessandri „voll, aber geheim“ bis zum Wahltag unterstützen. Wäre dann Alessandri als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen, hätte der damals bereits 74jährige Politiker das Präsidentenamt niederlegen und damit dem jüngeren Christdemokraten Frei den Weg ins Präsidentenpalais ebnen sollen.

Obwohl Helms und Kissinger ITT-Geld und -Plan ablehnten, ließen die Konzernmanager in New York nicht



ITT-Hauptquartier in New York, CIA-Verbindungsmann McCone, ITT-Chef Geneen; Der Zugang der Firma zur Macht ist erschreckend

So kommt Ihr SPIEGEL in die SCHWEIZ



Den SPIEGEL können Sie auch im Ausland in vielen Orten am Kiosk kaufen. Falls Sie den SPIEGEL jedoch nachgeschickt haben möchten, so bietet Ihnen der SPIEGEL folgende Möglichkeiten an: Beziehen Sie den SPIEGEL im Abonnement, so benachrichtigen Sie bitte die Abonnements-Abteilung des SPIEGEL; kaufen Sie den SPIEGEL am Kiosk, dann teilen Sie bitte dem SPIEGEL-Urlaubs-Service Ihre Urlaubsadresse, den An- und Abreisetag und Ihre Heimanschrift mit. Und beachten Sie bitte: 14 Tage vor Reisebeginn sollte Ihre Nachricht bei uns sein. Dann ist Ihnen Ihr SPIEGEL auch im Urlaub sicher.

SPIEGEL-Leser wissen mehr: Auch im Urlaub

locker. Noch ein Jahr, nachdem Allende als erster demokratisch gewählter marxistischer Präsident der Welt sein Amt angetreten hatte, schmiedeten ITT-Manager an Plänen zu seinem Sturz.

In einem Brief an Peter G. Peterson, damals Nixons Berater für internationale Wirtschaftsfragen, entwickelte der damalige Chef des Washingtoner ITT-Büros William Merriam ein 18-Punkte-Programm. Es sollte „verhindern, daß Allende die nächsten sechs Monate übersteht“.

Zu den Empfehlungen des Washingtoner Büros gehörten: das Einfrieren amerikanischer Kredite an Chile, die finanzielle Unterstützung oppositioneller Zeitungen sowie das Anbohren „verlässlicher Quellen innerhalb des chilenischen Militärs“.

Vor dem Senatsausschuß begründete jetzt Jack Neal, ein Mitglied des Washingtoner ITT-Büros, die geplanten Aktionen so: Die Firma habe „nicht nur Verpflichtungen sich selbst gegenüber gehabt, sondern auch gegenüber dem chilenischen Volk“. Es sei darum gegangen, „ein zweites Kuba zu verhindern“. Denn die Chilenen seien schließlich „große Demokraten“.

Ein solcher Zynismus ging dem Ausschußvorsitzenden Frank Church zu weit. Erregt fragte er Neal, ob er denn keinen Unterschied sehe zwischen Kuba, das durch eine Revolution marxistisch geworden sei, und Chile, das durch freie Wahlen halbmarxistisch wurde. Neals Antwort: Nein, er sehe da keinen Unterschied.

In seltener Offenheit machte vergangene Woche auch Harold S. Geneen seine Aussagen: Er sei außerstande, etwas Unrechtes darin zu sehen, daß sich ein amerikanischer Konzern in einer für ihn wichtigen Frage an den Geheimdienst der Regierung wende. Schließlich habe jede Firma das Recht, „Eingaben an die Regierung zu machen“.

Vom Ausschußvorsitzenden befragt, warum Geneen ausgerechnet den Geheimdienst benutze, wenn es der Firma nur darum gehe, eine „Eingabe“ zu machen, entgegnete der ITT-Chef: Einziger Zweck seiner Kontakte zum CIA-Mann William Broe sei es gewesen, zu erfahren, was die Regierung über die Situation in Chile denke.

Das freilich mochte dem mächtigen Konzernherrscher selbst der Senator der republikanischen (Nixon-)Partei Charles H. Percy nicht abnehmen. Warum, so fragte er zurück, habe Geneen sich dann ausgerechnet an Broe gewandt, der bei der CIA doch nur für „geheime Operationen“ zuständig sei. Die Antwort Geneens: „Broe sagte mir lediglich, er habe mit Lateinamerika zu tun oder so etwas ähnliches.“

Heutzutage, kommentierte resigniert die „New York Times“, werde es offenbar „immer schwieriger, das Macht-Monopol der Regierung und ihrer wohlhabenden und skrupellosen Helfershelfer zu brechen“.

USA

Stur wie Ochsen

Amerikas Verbraucher zwingen ihre Regierung durch Käuferstreik zu einem Preisstopp für Fleisch.

Im Washingtoner Steak-House „Golden Ox“ — das dem Rinderschlachthof von Kansas City gehört — priesen die Kellner den Schlager der Woche an: Heilbutt-Filet.

Auf den Großbaustellen in Manhattan kauten Bauarbeiter lustlos an Rührei-Sandwichs und Käsestullen. Wurstmaxe Nick Delaveridis trauerte: „Keiner kauft was.“

In den Lebensmittel-Supermärkten der Westküste dirigierte die Manager ihre Fleischer an die Fischstände. In



Chicago Sun Times

„Der Kredit ist bewilligt, aber braucht Ihre Familie wirklich sechs Pfund Roastbeef?“

Dakota City, Nebraska, Fort Dodge, Minnesota und vielen anderen Orten der etwa 200 Meilen breiten Fleisch-Fabrik-Zone des amerikanischen Mittelwestens schlossen die Schlachthäuser.

Vorige Woche meldete die Fleischpackergewerkschaft in Chicago 5000 Entlassungen. „Wenn das so weitergeht, sind eine Menge von uns fertig“, klagte Metzger John Ehrlich in New York — hinter unverkauften Fleischbergen.

Vier von fünf amerikanischen Hausfrauen mieden in der letzten Woche in einer Protestaktion gegen die steigenden Lebensmittelpreise die Fleischerläden.

„Wie eine Guerilla-Armee“ („Baltimore Sun“) tauchten Millionen biedere Ladies plötzlich an der Preisfront auf. Sie standen als Streikwachen vor Supermärkten, verteilten Flugblätter, sam-